



Pressegespräch der beiden Fondsverbände am 1.März 2010

Investmentfonds spüren Rückenwind

Mittelzuflüsse halten nach dem „Turnaround Jahr 2009“ an. Bankensteuer nur für österreichische Kapitalanlagegesellschaften wäre Wettbewerbsnachteil.

Die österreichischen Investmentfonds haben 2009 den Turnaround geschafft: Die von den österreichischen Kapitalanlagegesellschaften verwalteten Fondsvolumina stiegen um 7,8 % auf 136,7 Mrd. Euro. Die für Jänner und Februar 2010 verbuchten Absatzzahlen deuten auf eine Fortsetzung dieser Aufwärtsentwicklung hin. Die Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften (VÖIG) und die Vereinigung Ausländischer Investmentgesellschaften in Österreich (VAIÖ) zeigen sich bei einem Pressegespräch in Wien zuversichtlich, schrittweise Anlegervertrauen zurückzugewinnen zu können. Die veränderte Zinsenlandschaft, lässt viele Investoren nach Anlage-Alternativen Ausschau halten.

Hilfreich ist dabei eine im Vorjahr gestartete Kampagne von VÖIG und VAIÖ mit dem Titel „An die Arbeit! Warum mitten in der Krise ein guter Zeitpunkt ist, in Fonds zu investieren!“ Die Kampagne hatte das Ziel, die strukturellen Vorteile von Investmentfonds wie insbesondere Konkursicherheit, Risikostreuung, Handeln im ausschließlichen Kundeninteresse, Gebühren- und Kostentransparenz sowie tägliche Bekanntgabe des nach objektiven Kriterien ermittelten Anteilscheinwertes herauszustreichen. Rückblickend betrachtet hat der Kampagnenstart genau das richtige „Markttiming“ getroffen, da sich alle wesentlichen Börsen-, Renten- und Finanzmarktindices seit diesem Zeitpunkt signifikant erholt haben.

Bei manchen Indices mit Schwerpunkt Emerging Markets wurde das stärkste Wachstum seit vielen Jahren ausgewiesen. Auch im Segment der Unternehmensanleihenfonds gab es Ertragszuwächse, die normalerweise nur mit Aktienfonds erzielt werden können. Dementsprechend konnten auch die einzelnen Fondskategorien überdurchschnittliche Performancegewinne erzielen (zur Entwicklung der Indizes und der Performance siehe Anlage). Die höchsten Nettomittelzuflüsse der Anlagegesellschaften entfielen 2009 mit 1,5 Mrd. Euro auf Aktienfonds. Insgesamt spielen Aktienfonds eine untergeordnete Rolle in den

Anlagepräferenzen von Herr und Frau Österreicher: Der Anteil der Aktienfonds am gesamten Fondsvolumen erhöhte sich im Vorjahr lediglich von 9 auf 13 %. Die nach wie vor bedeutendste Anlageklasse stellen Rentenfonds dar, auf die etwas mehr als die Hälfte der Volumina entfallen. Zurück gegangen ist wegen der niedrigen Zinsen das Gewicht der Geldmarktfonds, auf die 6 % des in Fonds veranlagten Kapitals entfallen. Gemischte Fonds blieben am Stand von 2008.

Institutionelle Investoren investierten zuerst – jetzt folgen die Privatanleger

Aufgrund von nationalen Besonderheiten, wie dem besonders konservativen Anlegerverhalten, einer unbeschränkten Bundesgarantie für Spareinlagen und einem großen Primäreinlagenbedarf des wichtigsten Vertriebspartners Bank zur Refinanzierung der eigenen Bilanz, ist der Aufschwung bei den Fonds an den Kleinanlegern großteils vorbei gegangen. Die Detailauswertung der vorliegenden Statistiken zeigt, dass die Nettomittelzuflüsse von institutionellen Investoren kamen.

In den letzten Monaten hat sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld wieder zum potentiellen Vorteil der Fondsindustrie verändert. Die Spareinlagen-Zinsen bewegen sich in einem sehr tiefen Bereich, die unbeschränkte Einlagengarantie hat ihr Ende gefunden. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte erfordert Alternativen zum staatlichen Umlageverfahren bei der Pensionsvorsorge. Ohne langfristige Eigenvorsorge wird es nicht möglich sein, das Wohlstandsniveau aufrecht zu erhalten.

Die Fondsindustrie kann mit ihrer Produktpalette dieses Bedürfnis nach einer kapitalgedeckten, privaten Eigenvorsorge auf einem hohen Sicherheitsniveau zu vernünftigen Kosten befriedigen. Gerade der Fondssparplan ist das ideale Anlageinstrument, um Kursschwankungen an den Märkten zu glätten. Was die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge anbelangt, wird die Fondsindustrie bezüglich einer garantiefreien Variante weiterhin das Gespräch mit der Politik suchen.

„Beipackzettel“ für alle Kleinanlegerprodukte kommt

Hilfreich für die Etablierung des Fondsgedankens bei der privaten Vorsorge ist ein Richtlinienvorhaben der EU-Kommission zum Schutz von Kleinanlegern (Packaged Retail Investment Products Directive). Diese Richtlinie schreibt für alle mit Fonds konkurrierenden Anlageprodukte (strukturierte Anleihen, Zertifikate, fondsgebundene Lebensversicherungen, etc.) einen „Beipackzettel“ (Key Investor Information) vor, der bei den Fonds über UCITS IV

mit Juli 2011 den vereinfachten Prospekt ablösen wird und die alle Schlüsselinformationen für Investoren in EU-weit standardisierter Form enthält, wie z.B. grundsätzliche Eigenschaften des Produktes, Risiko/Ertragsprofil, Kosten, etc. (Anm. Das Kürzel UCITS steht für „Undertaking for Investments in Transferable Securities“ und ist der englische Begriff für Fonds, die der EU-Investmentdirektive entsprechen.)

Legistische Großvorhaben UCITS IV und AIFM

Im laufenden Jahr wird sich die Branche nicht nur mit der nationalen Umsetzung von UCITS IV sondern auch mit der Alternative Investment Fund Managers Direktive (AIFM) intensiv beschäftigen. Österreich ist mit Deutschland in einer besonders exponierten Position. Dieses Richtlinienvorhaben sollte ursprünglich die systemischen Risiken von Hedgefonds und Private Equity Fonds regeln. Leider wurde durch den politischen Zeitdruck die Richtlinie so getextet, dass alle kollektiven Anlageinstrumente erfasst sind, die nicht zu UCITS 4 gehören. Das bedeutet, dass auch Spezialfonds, Fonds gemäß §20a InvFG und Immobilien-Investmentfonds derzeit unter diesen Richtlinien text fallen. Es wären rund 80% des deutschen und 40% des österreichischen Fondsvermögens davon betroffen. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene wird in den nächsten Monaten versucht werden, eine sinnvolle Lösung zu finden, die in gleicher Weise dem Anlegerschutz gerecht wird.

Bankensteuer: grobe Benachteiligung im europäischen Wettbewerb

Die Banksteuer ist in den letzten Wochen ein international diskutiertes Thema. In Österreich wurde - im Anschluss an den regierungsseitigen Bankengipfel - seitens der Regierung beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Ausgestaltung der „Banksteuer“ befassen wird.

Überlegungen, auch österreichische Kapitalanlagegesellschaften in ein solches Steuerkonstrukt einzubeziehen erteilen VÖIG und VAIÖ eine Absage. Kapitalanlagegesellschaften (KAGs) verfügen im europäischen Wettbewerbsumfeld in der Regel über keinen „Bankenstatus“. Die österreichischen KAGs sind diesbezüglich in einer Sonderposition und bekennen sich zu ihrem Bankenstatus als besonderes Qualitätsmerkmal besonders in Hinblick auf den Anlegerschutz. Da das österreichische Investmentfondsgesetz den Anteilszeichnern Miteigentum am Fondsvermögen einräumt, sind die Fondsvolumina nicht in der Bilanz der KAG enthalten. Eine Miteinbeziehung der KAGs in eine allfällige Bankenbesteuerung würde zu einem groben Wettbewerbsnachteil führen, denn bei ähnlichen Überlegungen anderer Länder wären KAGs per se nicht betroffen.

Die KAGs in Österreich waren Leidtragende der Finanzkrise, haben sie aber nicht verursacht. Auch haben die österreichischen KAGs keine Hilfspakete des Staates und der Zentralbanken in Anspruch genommen. Die Branche wird alle Anstrengungen unternehmen, um eine unsachliche Kostenbelastung abzuwenden.

Ihre Gesprächspartner bei diesem Pressegespräch: Mag. Heinz Bednar, Präsident der VÖIG,
Mag. Dietmar Rupar, Generalsekretär der VÖIG, Berndt May, Sprecher Vorstand VAIÖ,
Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Mag. Dietmar Rupar, Generalsekretär VÖIG 01/718 83 33 (Fax Dw. 8) / Email dietmar.rupar@voeig.at
Berndt May, Sprecher Vorstand VAIÖ 01/513 73 81 (Fax 512 39 39 59) / Email berndt.may@vaioe.at